

Kapitalismus und Umweltschutz?

Eine kritische Analyse zur medialen Reproduktion der kapitalistischen Totalität im Umweltschutzdiskurs

von Luca Börner, Anita Kalustian, Marcel Schwartz und Bianca Seifried

13

Die Bedrohung der Menschheit durch Umweltzerstörung und Klimawandel ist derzeit Thema öffentlicher Debatten. Diese sind nicht neu. Vielmehr werden solche Diskussionen, häufig angestoßen durch Naturkatastrophen, (neue) wissenschaftliche Erkenntnisse oder politische Initiative, bereits seit Jahrzehnten immer wieder geführt. Dass die Debatte fortbesteht, könnte darauf verweisen, dass die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Bedrohung entweder nicht ausreichend sind oder systematische Widerstände bestehen, die Veränderungen erschweren. Diese Problematik diente als Anlass einer kritischen Diskursanalyse von sechs Ausgaben der Zeitschrift „DER SPIEGEL“. Die kritische Diskursanalyse wurde dabei besonders gesellschaftstheoretisch – im Hinblick auf gesellschaftliche Naturverhältnisse und die Widersprüchlichkeit von Umweltschutz und Kapitalismus – und methodologisch – im Sinne einer immanenten Ideologiekritik – fundiert. Dabei konnte festgestellt werden, dass zwar eine „Norm der Nachhaltigkeit“ implizit anerkannt wird, ihre Verwirklichung aufgrund von ideologischen Überzeugungen, die auf das kapitalistische Wirtschaftssystem zurückzuführen sind, jedoch verhindert wird.

abstract

Schlagwörter

Umweltschutz, Kapitalismus, Kritische Diskursanalyse, Kritische Theorie, immanente Kritik, Ideologiekritik

<https://doi.org/10.5281/zenodo.5347955>

Grün, grüner, nachhaltig?

Ökologische Krisen wie der Klimawandel konfrontieren Gesellschaften im 21. Jahrhundert immer häufiger mit der Frage, wie negative anthropogene Einflüsse auf die Umwelt reduziert werden können. Als Lösung wird international eine nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz angestrebt. Unternehmen, Individuen, Gesellschaften, aber auch Gebäude, Fahrzeuge und Freizeitaktivitäten gelten als zukunftssichernd, wenn sie grün und nachhaltig sind. Neben den von der Politik festgelegten Vorgaben liefern auch Medien Vorschläge oder gar Anleitungen, wie sich individuelle Akteur*innen, aber auch Institutionen, die Wirtschaft oder die Politik verhalten müssten, um Umweltschutz zu betreiben und nachhaltig zu leben (vgl. Neverla/Schäfer 2011). Nachhaltige Verhaltensweisen scheinen dabei aber in einem – weitgehend unausgesprochenen – Widerspruch mit der kapitalistischen Produktionsweise und ihren expansionistischen Tendenzen (vgl. Altvater 2010; Foster et al. 2011; Moore 2016; Stache 2017) zu stehen. Dementsprechend können gesellschaftliche Akteur*innen nur bedingt umweltfreundlich handeln, solange die kapitalistische Wirtschaftsform und die aus ihr hervorgehenden Ideologien gesamtgesellschaftlich nicht reflektiert werden (vgl. Dietz/Wissen 2009; Rest 2011). Eine „Nachhaltigkeitsrevolution“ (Dörre et al. 2019: 26) scheint in dieser Konstellation nicht realisierbar.

Dass sowohl politische Vorgaben als auch mediale Verhaltensvorschläge für eine nachhaltige Lebensweise nicht sonderlich fruchtbar erscheinen, wird beispielsweise mit Blick auf das Titelbild des Wochenmagazins SPIEGEL von 1986 deutlich: Der Kölner-Dom wurde schon damals mittels Fotomontage im Wasser versenkt, um vor der „Klima-Katastrophe“, wie der SPIEGEL das Bild selbst betitelt, zu warnen (SPIEGEL 1986). Dies verdeutlicht, dass die aktuell diskutierte ökologische Krise keineswegs ein neues Phänomen darstellt, sondern eines, das im Diskurs immer wieder in Erscheinung tritt und unaufgelöst bestehen bleibt (vgl. Neverla/Schäfer 2011: 18). Der Faden des Umweltschutzdiskurses *reißt* (vgl. Holl 2019) demnach immer wieder ab, um sich dann an späterer Stelle von neuem zu entwickeln. Auch andere kritische Medienanalysen verweisen auf die expansive Berichterstattung und mediale Auseinandersetzung mit dem Klimawandel, der globalen Erwärmung, dem Umweltschutz und auf das Fortbestehen dieser Problematiken (vgl. Boykoff/Boykoff 2004; Antilla 2005; Benett 2016; Olausson 2009).

Anlass zur kritischen Auseinandersetzung

Sowohl den angedeuteten Widerspruch zwischen Kapitalismus und Umweltschutz als auch die Unauflösbarkeit der Klimaschutzdebatte nehmen wir zum Anlass, um uns kritisch mit der medialen Vermittlung

” Unsere These lautet, dass es einen **Widerspruch zwischen der Logik des Kapitalismus und dem Umweltschutz** gibt, der medial kaum bis gar nicht thematisiert wird.

des Umweltschutzdiskurses auseinanderzusetzen. Unsere These lautet, dass es einen Widerspruch zwischen der Logik des Kapitalismus – also dem Wachstumszwang, der Kapitalakkumulation sowie dem damit verbundenen Ressourcenverbrauch – und dem Umweltschutz gibt, der medial kaum bis gar nicht thematisiert wird. Das Nicht-Thematisieren trägt zur Reproduktion der kapitalistischen Totalität und dem Fortbestehen des Widerspruchs bei, sodass Nachhaltigkeitsbestrebungen nicht realisiert werden können. In der Traditionslinie der Kritischen Theorie besteht unser Forschungsanliegen nun darin, kapitalistische Ideologien zu bestimmen, die den Widerspruch zwischen Kapitalismus und Umweltschutz verschleiern, und diese zu gewissen Teilen zu demaskieren, um sie dadurch kritisierbar zu machen (vgl. Jaeggi 2013). Die Kritik soll dabei immanent erfolgen. Das bedeutet, dass „aus der bestehenden Gesellschaft heraus [eine] normative Position [entwickelt wird], welche sowohl auf Veränderungspotentiale hinweist als auch dazu beiträgt, diese zu verwirklichen“ (Herzog 2014: 157). Da in der Kritischen Theorie Theodor W. Adornos und Max Horkheimers (vgl. 1988, 1963, 1966) Medien „als Vermittlungs-

agenturen gesellschaftlicher Tendenzen“ (Gebur 2002: 403) gelten, kann eine ideologiekritische Medienkritik dazu beitragen, nachzuvollziehen, wie kapitalistische Verhältnisse und Ideologien reproduziert und dadurch gesellschaftliche Widersprüche aufrechterhalten bleiben.

In einem ersten Schritt nähern wir uns einem kritischen Verständnis des Verhältnisses von Menschen, Umwelt und Kapitalismus an, um unsere Annahmen theoretisch zu fundieren. Daran anschließend werden unsere Methodologie und die Methode dargelegt. Welche Konsequenzen und Ergebnisse wir aus unserer kritischen Diskursanalyse ziehen, stellt einen wichtigen Reflexionsprozess dar, um Ideologiekritik bzw. immanente Kritik zu betreiben und bildet das zentrale Element dieses Artikels. Im letzten Schritt ziehen wir ein Fazit und bieten einen kurzen Ausblick für anschließende Arbeiten.

Aufhebung von Dualismen

Natur wurde einerseits häufig als derjenige Teil der Welt beschrieben, der unabhängig vom Menschen existiert (vgl. Mittelstraß 1981; Lenk 1983), andererseits galt Natur



Diese **dualistische Trennung von Natur und Gesellschaft** und die Vorstellung von Fortschritt und Emanzipation, die mit einer Überwindung bzw. zunehmenden Kontrolle von Natur einhergeht, wird seit den Anfängen der Kritischen Theorie immer wieder infrage gestellt.

bzw. der Naturzustand als etwas, das durch Kultur oder Fortschritt überwunden oder beherrscht werden müsse (vgl. Hobbes 1651; Rousseau 2010; Mori 2017). Diese dualistische Trennung von Natur und Gesellschaft und die Vorstellung von Fortschritt und Emanzipation, die mit einer Überwindung bzw. zunehmenden Kontrolle von Natur einhergeht, wird seit den Anfängen der Kritischen Theorie immer wieder infrage gestellt und setzt sich bei unterschiedlichen Vertreter*innen weiter als zu problematisierendes Phänomen fort (vgl. Görg 1999, 2008; Adorno 1973; Horkheimer/Adorno 1988).

Um diese Verständnisse von Natur zu überwinden, nutzt Adorno den Begriff der „zweiten Natur“. Er verdeutlicht dadurch, dass die „Welt der Konventionen“ (Lukács 1984), nämlich „diese Welt, als Welt der vom Menschen geschaffenen und ihm verlorenen Dinge“ (Adorno 1973: 355), obwohl sie geschichtlich produziert ist, als etwas Natürliches und zugleich Entfremdetes erscheint. Die „übliche Antithesis von Natur und Geschichte“ (ebd.: 354),

also die Aufteilung der Welt in *Natur* und *Geschichte*, soll aufgehoben werden, um ein Bewusstsein für die Einheit von *Natur* und *Geschichte* hervorzurufen (ebd.). Der Perspektivwechsel zur Einheit von *Natur* und *Geschichte* könne dann verwirklicht werden, wenn es gelinge, „[...] das geschichtliche Sein [...] selber als ein naturhaftes Sein zu begreifen, oder wenn es gelänge, die *Natur* [...] zu begreifen als ein geschichtliches Sein“ (ebd.: 354f.). Anders ausgedrückt: Das menschliche Konzept von *Natur* ist geschichtlich und gesellschaftlich konstituiert, während umgekehrt die wahrnehmbaren Phänomene, die von Menschen als *Natur* bezeichnet werden, das menschliche Denken und Handeln und somit die menschliche *Geschichte* (mit-)konstruieren. *Natur* und *Geschichte* bzw. *Gesellschaft* können also nicht unabhängig voneinander gedacht werden. Die Trennung von *Natur* und *Gesellschaft* ist demnach kein unveränderlicher *Naturzustand*, sondern eine zur Ideologie gewordene Ideengeschichte, die durch Reflexionsprozesse enttarnt und aufgehoben werden kann.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Wie exemplarisch dargestellt, lassen sich in der Kritischen Theorie viele Ansatzpunkte finden, um ein dualistisches Mensch-Umwelt-Verständnis zu überwinden. Dieses Potenzial der älteren Kritischen Theorie wurde jedoch lange nicht ausgeschöpft (vgl. Görg 2003). In den sozialwissenschaftlichen Disziplinen fanden ökologische Probleme wenig Beachtung und Fragen zu Naturverhältnissen wurden vernachlässigt (vgl. ebd.: 41). Dieses Versäumnis wurde in den späten 1980er Jahren nachgeholt, als sich in der Tradition der Kritischen Theorie das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ausdifferenzierte (vgl. Brand/Wissen 2011: 16). Gesellschaft und Natur werden in dieser Konzeption als dynamische Beziehungsmuster aufgefasst, die aus kulturellen und historischen Praktiken hervorgehen (vgl. Becker et al. 2011:

” Demnach existiere Natur zwar als materiell-stoffliche Umwelt, sie ist aber immer prozesshaft, gesellschaftlich geprägt und werde aus raum-zeitlichen Aspekten unterschiedlich bearbeitet und symbolisiert.

77). Was unter Gesellschaft und Natur verstanden wird, ist davon abhängig, wie Beziehungen gestaltet werden und welche Praktiken dominant sind. Weiter stützt sich das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf eine analytische Unterscheidung zwischen materiellen und symbolischen Aspekten des Beziehungsgeflechts (vgl. ebd.: 87). Demnach existiere Natur zwar als materiell-stoffliche Umwelt, sie ist aber immer prozesshaft, gesellschaftlich geprägt und werde aus raum-zeitlichen Aspekten unterschiedlich bearbeitet und symbolisiert (vgl. Brand/Wissen 2011: 15; Jahn/Wehling 1998).

Insgesamt verweist das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf die Interdependenz von Gesellschaft und Natur, zeigt aber auch, dass Gesellschaft immer als Teil der Natur zu verstehen ist. Aufgrund dieser exemplarischen Rekonstruktion wird impliziert, dass eine ontologische Bestimmung von Gesellschaft und Natur eo ipso nur in ihrer dynamischen Beziehung beschrieben werden kann. Umweltschutz stellt demnach eine bestimmte – als nachhaltig bezeichnete – Art der Gestaltung dieser Beziehung dar, die gleichwohl die Konstituierung der Gesellschaft beeinflusst. Wie im Folgenden eruiert wird steht diese Art der Beziehungsgestaltung jedoch in einem Widerspruch zum kapitalistischen System.

” Präziser formuliert bildet und potenziert der uferlose Wachstumszwang des Kapitals **Klimawandel, Ressourcenverarmung, Umweltverschmutzung und Arten- und Lebensraumzerstörung.**

Widersprüchlichkeit zwischen Umweltschutz und Kapitalismus

Die Notwendigkeit, das Klima zu schützen, wurde nach internationalen Bemühungen 1992 verbindlich in der *Klimarahmenkonvention* festgelegt. 188 Staaten haben die Konvention unterzeichnet und sich dazu verpflichtet, eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystem zu verhindern (vgl. Erling 2008: 11). Als weitere wichtige Meilensteine im Umweltschutz gelten das 1997 verabschiedete *Kyoto-Protokoll* und das 2015 verfasste *Pariser Klimaabkommen*. Innerhalb des *Kyoto-Protokolls* wurden erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Reduzierungsverpflichtungen für die Industrieländer festgelegt (vgl. BMU 2017), während sich innerhalb des Pariser-Klimaabkommens alle Staaten dazu verpflichteten, die Weltwirtschaft auf klimafreundliche Weise zu verändern und den weltweiten Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen (vgl. BMU 2020; Konicz 2016: 123).

Trotz wissenschaftlicher Erkenntnisse und der daraus resultierenden, vertraglich vereinbarten Verpflichtungen, den Ausstoß

von Treibhausgasen zu reduzieren, ist der durchschnittliche CO₂-Gehalt in der Atmosphäre auch im Jahr 2018 auf ein neues Rekordniveau gestiegen (vgl. Christensen/Olhoff 2019). Für zahlreiche Autor*innen liegt diese Art von Umweltschädigung innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seinen Mechanismen begründet (vgl. Foster et al. 2011; Barth/Reitz 2016; Moore 2016; Konicz 2016; Schrader 2017; Graf et al. 2019). Präziser formuliert bildet und potenziert der uferlose Wachstumszwang des Kapitals Klimawandel, Ressourcenverarmung, Umweltverschmutzung und Arten- und Lebensraumzerstörung (vgl. Foster et al. 2011: 196). Der Wachstumszwang des Kapitals ist strukturell und solange vorhanden, wie das vorrangige Ziel der Warenproduktion innerhalb kapitalistischer Gesellschaften quantitative Profitgenerierung und nicht die qualitative Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft ist. Der strukturelle Wachstumszwang resultiert aus dem Kern der kapitalistischen Produktionsweise – der Aneignung von Mehrwert durch die Kapitalbesitzenden. So impliziert schon die Grundformel des Kapitals G-W-G' auf der Zirkulationsebene stetiges Wachstum. Die Formel besagt, dass am Ende jeder erfolgreichen Nutzung von

Geld (G) als Kapital, das Waren (W) zu Produktionszwecken kauft, eine größere Summe (G') stehen muss, die ihrerseits wieder den Ausgangspunkt eines neuen Zyklus bildet (vgl. Barth/Reitz 2016: 41f.).

Wachstumszwang des Kapitalismus

Hinzu kommt, dass Unternehmen/Kapitalist*innen unter Bedingungen der Konkurrenz agieren. Dies zwingt sie im Produktionsprozess dazu, die Produktivkräfte laufend weiterzuentwickeln, damit es ihnen möglich ist, profitabler zu produzieren als konkurrierende Unternehmen. So sind die Unternehmen/Kapitalist*innen gezwungen, die Mehrwertproduktion fortlaufend auszuweiten und zu investieren. Gelingt ihnen dies nicht, verschwinden sie vom Markt (vgl. Barth/Reitz 2016: 42). Zugespitzt formuliert *muss* die Wirtschaft wachsen, damit der profitgetriebene Wettbewerb in Gang bleibt. Dieser Wettbewerb zwingt umgekehrt die Unternehmen wiederum zu einer stetigen Expansion (vgl. ebd.: 46). Letztendlich zeigt sich, dass die Aneignung von Mehrwert durch die Kapitalbesitzenden einen in doppelter Hinsicht hochgradig dynamischen und expansiven Prozess bedingt (vgl. ebd.: 42). Der strukturelle Wachstumszwang der Kapitalakkumulation und dessen Dynamik sind vor allem deswegen ökologisch destruktiv, da die auf Unendlichkeit abzielende, tauschwertorientierte Produktion nicht

berücksichtigt, dass die zur Produktion benötigten Naturstoffe endlich sind. Dieser Gegensatz von wertmäßigen gegenüber stofflichen Aspekten der Produktion bedingt bei einer auf Endlosigkeit angelegten Umformung begrenzter Ressourcen eine Überlastung ökologischer Tragekapazitäten (vgl. Barth/Reitz 2016: 42; Konicz 2016: 130). Verstärkt wird dieser Aspekt zusätzlich dadurch, dass die Produktionskosten über die Preise für Ressourcen in Form von Energie künstlich gesenkt werden, wenn die weltweite Kapitalakkumulation einen Aufschwung benötigt (vgl. Moore 2016: 605).

In einer überwiegend kapitalistisch produzierenden, auf Wachstum ausgerichteten Gesellschaft werden alle Ansätze, die eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise zu etablieren versuchen, zunichte gemacht (vgl. Barth/Reitz 2016: 42). Dies zeigt sich anhand von Studien, die belegen, dass selbst auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Technologie- und Innovationsoffensiven nicht genügen, um eine ökologisch neutrale Wirtschaftsweise zu etablieren (vgl. Santarius 2012). Verantwortlich sind sogenannte Rebound-Effekte. Diese Effekte bezeichnen einen gesteigerten Konsum von Ressourcen, der durch eine oder mehrere Produktivitäts- bzw. Effizienzsteigerungen bedingt oder zumindest ermöglicht wird (vgl. ebd.: 8). So kann beispielsweise der Übergang vom Sechs-Liter- zum Drei-Liter-Auto dazu führen, dass nun weitere

”

Wenn das Ziel Nachhaltigkeit ernst genommen wird, muss daher die kapitalistische Wachstumsspirale und ihre inhärenten Ideologien reflektiert und aufgelöst werden.

Strecken zurückgelegt werden (vgl. ebd.: 10). Das heißt, dass grundsätzlich auch *grünes Wachstum* und Nachhaltigkeitsbestrebungen nicht intendierte Nebenfolgen nach sich ziehen können, die den Nachhaltigkeitszielen im Weg stehen.

20 Somit kann festgehalten werden, dass die Logik und Funktion der Kapitalverhältnisse ein ökologisch selbsterstörerisches Wirtschaftssystem hervorbringt (vgl. Barth/Reitz 2016: 42), das zwangsweise das Gegenteil einer ressourcenschonenden und umweltfreundlichen Wirtschaftsweise darstellt (vgl. Konicz 2016: 130). Somit ist eine nachhaltige Lebensweise im Rahmen der gegenwärtigen Produktionsweise schlicht unmöglich (vgl. Moore 2016: 601). Wenn das Ziel Nachhaltigkeit ernst genommen wird, muss daher die kapitalistische Wachstumsspirale und ihre inhärenten Ideologien reflektiert und aufgelöst werden.

Methodologien in der Tradition der Kritischen Theorie

Um empirische Sozialforschung in der Tradition der Kritischen Theorie zu betreiben und Ideologien zu reflektieren, wählten wir als Methodologie einen von

Benno Herzog (2014) entwickelten Ansatz der immanenten Kritik und ergänzten diesen mit dem Ideologiekritik-Konzept von Rahel Jaeggi (2013). Wir verstehen mit Jaeggi Ideologiekritik „als spezifische Form immanenter Kritik“ (2013: 267), behandeln diese dennoch explizit, da wir Ideologie als wesentlichen Mechanismus der systemimmanenten Einhegung von Umweltschutz-Debatten innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems betrachten.

Herzog betrachtet immanente Kritik „als eine aus der bestehenden Gesellschaft heraus entwickelte normative Position, welche sowohl auf Veränderungspotenziale hinweist als auch dazu beiträgt, diese zu verwirklichen“ (2014: 157). Immanent ist diese Form der Kritik demnach, weil sowohl die „zu gewinnenden Erkenntnisse“ (ebd.) als auch die Normen, die Grundlage der Kritik sind, „vollständig aus dem empirischen Material zu entwickeln sind“ (ebd.). Damit geht einher, dass „Kritik [...] nie Selbstzweck“ ist, sondern immer auf „Veränderungsprozesse“ abzielt (ebd.). Immanente Kritik muss folglich mit dem Anspruch betrieben werden, transzendierend zu wirken – das heißt, ausgehend von

den (implizit oder explizit) akzeptierten Normen, bestehende Verhältnisse aus sich selbst heraus normativ zu kritisieren und einen Anstoß zu liefern, die Verhältnisse zu verändern.

Zentraler Ansatzpunkt immanenter Kritik sind Widersprüche, insbesondere „*notwendige* Widersprüche [Herv. i. O.]“, „welche aus der Gesellschaftsordnung selbst zwangsläufig erwachsen“ (ebd.: 167f.). Diese sind Ausdruck der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit einer Gesellschaft. Dadurch wird ein Ausspielen der normativen Selbstbetrachtung einer Gesellschaft gegen ihre tatsächlich existierenden Verhältnisse ermöglicht. Immanente Kritik als empirische Sozialforschung sollte, Herzog zufolge, diese Widersprüche aufdecken und darüber hinaus die „strukturellen oder systemischen Bedingungen, welche eben diese Aufhebung der Widersprüche verhindern oder gar verunmöglichen“, aufzeigen (ebd.: 168).

Transzendierend wirken könne immanente Kritik in Fällen von notwendigen, systemimmanenten Widersprüchen, nämlich durch den Aufweis eines „normativen Überschuss[es]“, der sich nicht durch bloße Korrektur (zum Beispiel graduelle Anpassung einer Institution) verwirklichen lasse – also durch Aufzeigen von Widersprüchen, durch die die Grundverfassung einer Gesellschaft in Frage gestellt werden kann (vgl. ebd.: 169ff.). Immanente Kritik ist dann

im Wesentlichen ein „konsequentes Zu [sic!] Ende denken der bereits weitgehend akzeptierten Normen“ (ebd.: 172). Für empirische Sozialforschung folge daraus die Aufgabe, zu prüfen, „ob es sich bei dem bisher nicht eingelösten lediglich um historische Besonderheiten oder um aktuelle systemische Probleme handelt“ (ebd.).

Kritik und ihr normativer Standpunkt

Obwohl die Kritik gesellschaftsimmanent entwickelt wird, bedarf es eines normativen Standpunktes, der es erlaubt, gerechtfertigte und nicht gerechtfertigte normative Ansprüche zu unterscheiden. Herzog führt zur Lösung des Problems eine „universelle Norm“ ein, die besagt, „dass (menschlich gemachtes) Leid vermieden werden sollte“ (ebd.: 173ff.). Er nimmt dabei an, dass diese Norm allen konkreten Gesellschaftsformen inhärent bzw. durch die universelle Gültigkeit oberhalb konkreter gesellschaftlicher Systeme angesiedelt ist und deshalb auch nicht durch immanent transzendierende Kritik aufgehoben wird. Jede für die immanente Kritik potenziell anwendbare Norm muss demnach in Bezug auf die Kompatibilität der „übergeordneten Norm“ (ebd.: 174) überprüft werden.

Mit Jaeggi (2013) lässt sich der Gegenstand unserer Kritik noch präzisieren. Im Fokus stehen hier Ideologien. Diese sind nach Jaeggi „Überzeugungssysteme, die

praktische Konsequenzen haben“ und sie „konstituieren unseren Weltbezug und damit den Deutungshorizont, in dem wir uns und die gesellschaftlichen Verhältnisse verstehen und die Art und Weise, in wir uns in diesen bewegen“ (ebd.: 268f.). Wichtig ist – mit Bezug auf Karl Marx –, dass es sich um ein „mit Notwendigkeit falsch[es]“ Bewusstsein handelt (ebd.: 274) und damit die Gleichzeitigkeit von Wahrheit und Falschheit der Ideologie beschrieben wird. Das Problem dabei ist, dass unter bestimmten Bedingungen – in unserem Fall die kapitalistischen Produktionsbedingungen – die Realisierung der (normativen) Ideale *notwendigerweise* in ihr Gegenteil mündet. Jaeggi präzisiert das Zwingende der Ideologie folgendermaßen: „Mit Notwendigkeit falsch ist das Bewusstsein, weil es gar nicht anders sein kann, als falsch zu sein [...], weil es einer falschen Realität entspricht. Insofern geht es nicht nur um falsches, sondern um *gesellschaftlich induziertes* falsches Bewusstsein [Herv. i.O.]“ (ebd.: 275) Daran anknüpfend verweist sie darauf, dass zwar soziale Akteur*innen in unterschiedlichem Maße von Ideologien profitieren, Ideologien dennoch nicht als „bewusste Täuschung“ missverstanden werden dürfen, da alle Beteiligten von der Ideologie betroffen sind (ebd.).

Entsprechend dieser Bestimmung ist das Ziel von *Ideologiekritik*, aufzudecken, „dass wir etwas (die gesellschaftlichen Zustände) falsch *verstehen* und dass diese falsch *sind* [Herv. i. O.]“ (ebd.: 276). Somit ist *Ideologiekritik* zugleich Kritik an der fälschlichen Wahrnehmung der sozialen Praxis als auch an der sozialen Praxis selbst.

Medienkritik als Gesellschaftskritik

Um diese methodologischen Überlegungen forschungspraktisch umzusetzen, folgen wir erneut Herzog (2014, vgl. auch 2016), der dafür plädiert, immanente Kritik mit der *kritischen Diskursanalyse* zu verbinden. Konkret wurde die Diskursanalyse in Anlehnung an das Konzept von Margarete und Siegfried Jäger (2007) durchgeführt (vgl. auch Jäger 2015).

Die kritische Diskursanalyse bietet die Möglichkeit, das Flüchtige, Angreifbare der Welt zu thematisieren und kann damit helfen, die strukturell vorhandene Macht von Medien und Kapital zu übersteigen (vgl. Bartel et al. 2008: 56). Daher versucht die kritische Diskursanalyse das „in einer bestimmten Zeit jeweils Sagbare“ (Jäger/

” Somit ist **Ideologiekritik zugleich Kritik an der fälschlichen Wahrnehmung der sozialen Praxis als auch an der sozialen Praxis selbst.**



Die Auseinandersetzung mit der medienvermittelten Öffentlichkeit stellt sich für uns immer auch als Gesellschaftsanalyse und -kritik dar.

Jäger 2007: 35) und vermeintliche *Wahrheiten* zu entlarven. Durch die Beschreibung des *Sagbaren* und des *Unsagbaren* wird wiederum eine Aussage darüber ermöglicht, was die aktuell herrschenden Diskurse sind. Die Sichtbarmachung ermöglicht es, *gesellschaftliche Wahrheiten* kritisierbar zu machen (vgl. Jäger 2015: 153). Wie das *Sagbare* ausgeweitet und umgedeutet werde und wie genau Kritik geübt werden könne, lässt sich dabei nach Ansicht von Siegfried Jäger und Franz Januschek (2004) nicht verallgemeinern und muss in „diskursiven Auseinandersetzungen mit dem untersuchten Gegenstand erörtert werden“ (Bartel et al. 2008: 55). Diese Form von Kritik muss vorläufig und veränderlich bleiben (vgl. ebd.), da sich, wie das Beispiel des Umweltschutzes zeigt, die soziale Krisenwahrnehmung des Phänomens, aber auch normative Ideen zum Umgang mit dem Phänomen verändern. Um die Anschlussfähigkeit an aktuelle Diskurse nicht zu verlieren, sollte dieser Einwand berücksichtigt werden.

Unser übergeordnetes Ziel, Gesellschaftskritik, wird unserer gewählten Methode folgend über dem Wege der Medienkritik ausgeübt. Die Auseinandersetzung mit der medienvermittelten Öffentlichkeit

bzw. der öffentlichen Meinung, die wir als Ausdruck und Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse betrachten, stellt sich für uns immer auch als Gesellschaftsanalyse und -kritik dar (vgl. Schäffle 2010: 138ff.). Das folgt der Einsicht der Kritischen Theorie, dass Medien „als Vermittlungsagenturen gesellschaftlicher Tendenzen“ betrachtet werden können (Gebur 2002: 403). Die kritische Medienanalyse kann demnach dazu dienen, zu verstehen, wie gesellschaftliche Verhältnisse (re-)produziert werden.

Forschungspraktische Umsetzung

Aus forschungspraktischen Gründen wurde im Rahmen dieser Arbeit lediglich ein Medium analysiert. Als Medium wählten wir das samstäglich erscheinende Wochenmagazin DER SPIEGEL, welches zwar keiner festen politische Agenda folgt, sich aber seit der Erstausgabe 1947 als ersten Wächter der Demokratie betrachtet (vgl. Kohler 2016). Die Entscheidung, den Spiegel als Gegenstand unserer Analyse zu wählen, trafen wir aus mehreren Gründen: So zählt DER SPIEGEL, erstens, mit einer verkauften Auflage von 691.451 zu den auflagenstärksten Zeitschriften Deutschlands. Zweitens gilt er neben der

Süddeutschen Zeitung als einflussreichstes Leit- und wichtigstes Orientierungsmedium (vgl. pz-online 2019; Weischenberg et al. 2006: 359). Durch diese Einstufung besitzt DER SPIEGEL unserer Ansicht nach die Möglichkeit, gesellschaftliche Wirklichkeit und Öffentlichkeit zu beeinflussen und zu gestalten und ist dadurch in einer Position, im Sinne von Siegfried Jäger, gesellschaftliche Wahrheiten zu produzieren. Auf die Frage, inwiefern diese erzeugten Wahrheiten und damit auch unsere Ergebnisse gesamtgesellschaftlich generalisierbar sind, kann an dieser Stelle nur kurz eingegangen werden. So ist einerseits zwar bekannt, dass DER SPIEGEL größtenteils von männlichen, über 40-jährigen, gebildeten Leser*innen konsumiert wird (vgl. Schröder 2019). Andererseits reproduzieren sich Inhalte des SPIEGELS auch in anderen Medien, wodurch die Reichweite nochmal erhöht wird und Inhalte anderen Interessierten zugänglich gemacht werden. In jedem Fall hätte die Generalisierbarkeit der Ergebnisse unserer Analysen durch Hinzunahme von Beiträgen weiterer Medien erhöht werden können, weil damit ein pluralistischeres Meinungsbild und eine noch breitere Leser*innenschaft abgebildet worden wäre.

Die Vorgehensweise unserer Diskursanalyse bestand in der Erschließung und Aufbereitung von sechs aufeinanderfolgenden Ausgaben, welche zwischen dem 31. August und dem 5. Oktober 2019 erschienen

(vgl. SPIEGEL 2019a-f). In diesen Zeitraum fiel der UN-Klimagipfel, welcher vom 21. bis 23. September in New York stattfand und von dem wir annahmen, dass er als diskursives Ereignis größeren Einfluss auf den Umweltdiskurs im SPIEGEL nehmen könnte. Dies bestätigte sich jedoch nicht. Nach der Erschließung und Aufbereitung der Ausgaben wurden diese einer Strukturanalyse unterzogen. Dabei wurde die Struktur des Diskurses analysiert und entschieden, welche Artikel der sechs SPIEGEL-Ausgaben sich für eine anschließende Feinanalyse eignen. Im Anschluss daran wurden die Diskurs(strang)verschränkungen gesammelt, da Verschränkungen zu bestimmten diskursiven Effekten führen können. Am Ende der kritischen Diskursanalyse wurden die Ergebnisse der Fein- und Strukturanalyse des Diskursstranges zusammengeführt, um alle erzielten Ergebnisse zu reflektieren und durch eine Gesamtanalyse des Diskursstranges eine Gesamtaussage über diesen zu treffen (vgl. Bartel et al. 2008: 60ff.).

Nachhaltigkeit als normative Position

Wird die Berichterstattung des SPIEGELS über den gesamten Analysezeitraum betrachtet, so fällt auf, dass in knapp 130 von 326 Beiträgen von Autor*innen sämtlicher Ressorts das Phänomen Umweltschutz behandelt wird. Dabei zeigt sich, dass DER SPIEGEL innerhalb der Berichterstattung

” Somit kann an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass sich eine **Norm der Nachhaltigkeit** als normative Position in der Berichterstattung des SPIEGELS und damit auch in Teilen der Gesellschaft wiederfindet.

die Zerstörung der Umwelt durch den Menschen durchgängig als problematisch kennzeichnet. Dies geschieht zwar nicht immer explizit, wird allerdings über den Aufbau der Berichterstattung und deren sprachliche Gestaltung vermittelt. Beispielhaft skizziert werden kann dies anhand mehrerer Artikel: So finden sich in drei der sechs analysierten Ausgaben Beiträge, die im Rahmen der SPIEGEL-Sommerserie „*Nachhaltig leben*“, publiziert wurden. In diesen konstatieren die Autor*innen nicht nur, dass der Klimawandel zur entscheidenden politischen und ökonomischen Frage geworden ist. Sie fragen auch, wie Konsument*innen ihr Verhalten ändern können, welche Unternehmen umdenken um das Klima zu schützen, was die Politik tun muss und nach Ideen, Ökologie und Ökonomie zusammendenken (DER SPIEGEL 2019b: 74f.; DER SPIEGEL 2019c: 66f.; DER SPIEGEL 2019d: 84f.). Auch in anderen Artikeln findet sich die Thematik wieder. So wird beispielsweise in der Titelstory der SPIEGEL-Ausgabe „*Walduntergang*“ der Niedergang der Wälder auf der ganzen Welt problematisiert und dessen Bedeutung für den Klimawandel analysiert (vgl. DER SPIEGEL 2019a:

10-19), während in der 38. Ausgabe das SUV als Symbol für die deutsche Doppelmoral hinsichtlich des deutschen Beitrags zum Klimaschutz inszeniert wird (vgl. DER SPIEGEL 2019c: 14-22).

Die Darstellung der Zerstörung der Umwelt durch den Menschen als problematisch kann als Einsatz für eine nachhaltige Lebensweise aufgefasst werden (vgl. UBA 2019). Somit kann an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass sich eine Norm der Nachhaltigkeit als normative Position in der Berichterstattung des SPIEGELS und damit auch in Teilen der Gesellschaft wiederfindet. Diese schließt sich der klassischen und am weitesten verbreiteten Definition von Nachhaltigkeit an (vgl. DER SPIEGEL 2019a: 12) und kann daher wie folgt formuliert werden: „Dauerhafte [nachhaltige] Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: 46, zitiert nach Pufé 2014). Zwar lässt sich diese Definition von Nachhaltigkeit als anthropozentrisch auffassen, da sie nicht das von uns postulierte relationale Verhältnis von Mensch

und Umwelt betont, allerdings eignet sie sich dennoch als Basis für immanente Kritik. Die Definition weist einerseits auf Entwicklungspotenziale hin, die aufgrund dieser Norm in vielen Bereichen bereits angestoßen wurden – man denke an dieser Stelle an Entwicklungen wie Elektromobilität, energetische Gebäudesanierung, vegetarische oder vegane Ernährung oder die Energiewende. Weiter scheint es sich bei dieser Norm um einen gerechtfertigten, normativen Anspruch zu handeln, da sie, zumindest in Bezug auf menschliches Leid, unter die von Herzog universell formulierte Norm subsumiert werden kann. Außerdem – auch dies wird anhand des empirischen Materials sichtbar – hat sich die Umsetzung dieser Norm bisher noch nicht verwirklicht.

Systemimmanente Widerstände

Dass sich die Norm der Nachhaltigkeit bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfüllen konnte, liegt an notwendigen Widersprüchen, die aufgrund der kapitalistischen Gesellschaftsordnung existieren. Die Aufhebung der Widersprüche wird dabei wiederum strukturell und systemisch verhindert. Dies zeigt sich an bestimmten Punkten innerhalb des empirischen Materials, die innerhalb des Forschungsprozesses fragmentarisch und konstellationsartig erschlossen wurden. Dies bedeutet, dass die theoretischen Gedanken den Begriff, den sie erschließen wollten, als

Konstellation umkreisten – äquivalent zu Gestirnen, die aufgrund der unterschiedlichen Umlaufbahnen ihre Stellung zur Sonne fortwährend verändern (vgl. Bonß 2019: 295). Durch diese offene Darstellungsform versuchten wir die Thematik einerseits selbst greifbarer zu machen, mit dem Wissen, dass nicht alles sagbar, erfassbar und begreifbar ist (vgl. Holzer 2017: 124). Andererseits vertreten wir die Meinung, dass sich sowohl die immanente Kritik als auch die Ideologiekritik dadurch besser entfalten können und sich so die kapitalistische Totalität fruchtbarer durchbrechen lässt (vgl. Adorno 1966: 37ff., 1984: 221). Die Ergebnisse dieses Prozesses werden im Folgenden dargestellt.

Entlastung der Industrie

Durch die Analyse der sechs SPIEGEL-Ausgaben zeigt sich, dass innerhalb des SPIEGELS eine funktionale Unterteilung der Gesellschaft in drei Einheiten stattfindet: Politik, privater Sektor und Wirtschaft, wobei hier größtenteils der industrielle Bereich angesprochen wird. Diese funktionale Trennung scheint das (unbewusste) Ergebnis einer Übertragung der kapitalistischen Funktionsteilung zu sein, wie sie zum Beispiel typisch für Fordismus oder Taylorismus ist. Vereinfacht ausgedrückt ist aus einer Wirtschaftsmaxime eine Maxime für die gesamte Gesellschaftsordnung geworden. Diese Übertragung ist problematisch, da aus dieser Zuordnung das Maß

der Verantwortlichkeit der Akteur*innen bezüglich möglicher Verhaltensänderungen im Sinne der Norm der Nachhaltigkeit für jede der drei Funktionseinheiten unterschiedlich ausfällt.

Bei der Analyse zeigt sich, dass der Bereich der Wirtschaft von der Verantwortung in Bezug auf nachhaltiges Handeln in Form von Umweltschutz entlastet wird. Der nicht-industrielle Sektor wird zwar einerseits in manchen Berichten zu einem der Norm der Nachhaltigkeit entsprechenden Handeln verpflichtet, andererseits werden die in diesem Bereich agierenden Unternehmen überwiegend als marktabhängig betrachtet. So sei es für sie unmöglich, im Sinne der Nachhaltigkeit zu handeln. Demgegenüber wird der industrielle Sektor gänzlich hinsichtlich seiner Verantwortung in Bezug auf nachhaltiges Handeln entlastet. So schreibt DER SPIEGEL beispielsweise, dass VW die Klimaziele der Bundesregierung nur erreichen könne, wenn „VW Milliarden in neue Technologien [investiert] – und dafür braucht der Konzern, die Gewinne aus den SUV“ (DER SPIEGEL 2019c: 18). Dabei wird nicht berücksichtigt, dass die Industrie als Ganzes nach wie vor die zweitstärkste Quelle für Emissionen hinter dem energieproduzierenden Gewerbe ist (vgl. UBA 2016). Wird dabei mit eingerechnet, dass etwas weniger als 50 Prozent des erzeugten Stroms der Energiebranche wiederum für den industriellen Sektor produziert wird,

sind die seitens der Industrie verursachten Emissionen im Ganzen wesentlich höher (vgl. UBA 2020). Die Industrie ist also maßgeblich dafür mitverantwortlich, dass die Norm der Nachhaltigkeit nicht erfüllt wird. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Entlastung bei gleichzeitiger stofflicher Verantwortung entsteht vor allem aus der bereits festgestellten kapitalistischen Arbeits-/Funktionsteilung. In dieser ist es Aufgabe der Industrie, Waren zu produzieren, allerdings nicht festzulegen, *wie* Waren, in diesem Fall also *nachhaltig*, produziert werden sollen (vgl. Piekenbrock 2018). Gleichzeitig unterliegen (industrielle) Unternehmen der kapitalistischen Wachstumslogik, sodass sie teilweise gar nicht festlegen *können*, wie Waren produziert werden. Dies könnte einem potenziellen Wachstum entgegenstehen. Wachstum ist allerdings notwendig, damit die Unternehmen den kapitalistischen Konkurrenzdruck annehmen und somit auf dem Markt überleben können (vgl. Tügel/Possmeyer 2014).

Hilflos oder machtvoll? Der private Sektor

Hinsichtlich der Funktionseinheit Individuen/privater Sektor argumentieren die SPIEGEL-Autor*innen widersprüchlich. Einerseits wird ihnen in einigen Artikeln eine Handlungsmacht zugeschrieben. Andererseits wird ihnen diese aber gleichzeitig wieder entzogen:

Die Rolle des Verbrauchers ist tatsächlich entscheidend. Das Verhalten jedes Einzelnen ist für das Abwenden der Klimakatastrophe wichtig. Doch aus reinem Idealismus ist kaum jemand von uns bereit, das eigene Handeln infrage zu stellen. Diese Paradoxie der Gegenwart, man könnte hier auch von Heuchelei sprechen, ist statistisch bestens belegt. (DER SPIEGEL 2019c: 20).

Begründet wird dieses menschliche Verhalten mit dem sogenannten *Allmende-Effekt*. Zusammengefasst besagt dieser, dass öffentliche und zugleich begrenzte Güter – also zum Beispiel Ackerland, Gewässer, Tierweiden – die kein Privateigentum sind, nicht effizient genutzt, sondern aufgrund der Rivalität zwischen den Akteur*innen ausgebeutet werden. Der Effekt wird dabei als ein Naturgesetz dargestellt, als dispositionale menschliche Eigenschaft. Dadurch wird seitens des SPIEGELS ein Menschenbild erzeugt, das darauf schließen lässt, dass der Mensch nicht anders könne, als die Natur so lange auszubeuten, bis diese nicht mehr fruchtbar ist. Zum anderen verweist dieses Menschenbild auf eine inhärente Konkurrenz und Rivalität zwischen Menschen, die im Konflikt um die begrenzten Ressourcen stehen. Dabei muss die Allgemeingültigkeit des Allmende-Effekts aber in Frage gestellt werden. Anzunehmen ist, dass in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaftsform, die weniger auf Konkurrenz ausgelegt ist,

der Allmende-Effekt ausbleibt. So veranschaulichen beispielsweise Lucian Kern und Julian Nida-Rümelin, dass nicht-kapitalistische Gesellschaften Regelungen trafen, damit genutzte Wild- und Fischbestände erhalten bleiben und sich regenerieren können (vgl. 1994: 213).

In dem Artikel „Öko im Ramsch-Rausch“, einer der Artikel aus der bereits erwähnten SPIEGEL-Sommerserie „Nachhaltig leben“, werden die Individuen als „Opfer des Aldi-Mittelgangs, Gefangene der Tchibo-Welten und willenslose Spielbälle der Lidl-Sonderposten“ dargestellt (DER SPIEGEL 2019d: 85). Während die Individuen vor dem Discounter noch „bewusste Wesen mit Haltung und Würde“ (ebd.: 84) seien, setze das Gewissen beim Erblicken der Regale mit den Sonderposten aus. Dies geschehe dabei auf magische Art und Weise (vgl.: ebd.). Dadurch wird den Individuen jegliche Handlungsmacht hinsichtlich ihrer Konsumententscheidungen abgesprochen, wodurch nachhaltiges Handeln als unmöglich präsentiert wird. Die Frage danach, warum die Individuen ihr Gewissen beim Erblicken der Regale mit den Sonderposten verlieren, beantwortet die Autorin nicht, sodass dieses Verhalten, ähnlich wie der Allmende-Effekt, als menschliche Disposition erscheint. Dabei ist diese Verhaltensweise keine anthropologische Eigenschaft. So zeigt der Sozialwissenschaftler Christian Fuchs mit Hilfe der Gesellschaftstheorie von Theodor W.

Adorno, dass derartiges Verhalten aus dem Zwangscharakter der kapitalistischen Gesellschaft resultiert (vgl. Fuchs o.J.). In dieser definiert Adorno Gesellschaft als

eine Art Gefüge zwischen Menschen, in dem alles und alle von allen abhängt: in dem [sich] das Ganze [...] nur durch die Einheit der von sämtlichen Mitgliedern erfüllten Funktionen und in dem jedem Einzelnen grundsätzlich eine solche Funktion zufällt [erhält], während zugleich jeder Einzelne durch seine Zugehörigkeit zu dem totalen Gefüge in weitem Maße bestimmt wird (Adorno 1956: 22, zitiert nach Fuchs o.J.).

Gesellschaft als kapitalistische Totalität bei Adorno

Adorno begreift Gesellschaft in diesem Sinne als eine Institution, die den Menschen etwas aufzwingt. Diese sind durch ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft nicht vollständig, aber zu einem guten Teil, in ihrem Denken und Handeln durch die gesellschaftlichen Zwänge beeinflusst und eingeschränkt. Adorno knüpft mit dieser Definition von Gesellschaft an die Analysen von Karl Marx an, welcher feststellte, dass die Menschen im Kapitalismus ihnen entfremdeten Verhältnissen unterworfen sind. Damit meint Marx, dass den Arbeitenden weder die Produktionsmittel, die sie benutzen, noch die Produkte, die sie herstellen, selbst gehören. Lohnarbeitende

sind zwar frei, aber in einem doppelten Sinne: Einerseits sind sie frei von Besitz an Produktionsmitteln und Produkten. Andererseits sind sie frei, die einzige Ware die sie zu verkaufen haben, ihre Arbeitskraft, auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Diese Freiheit begreift Marx nun als Zwang, da die Entscheidung, Lohnarbeit zu leisten, eben keine freiwillige ist. Dadurch wird nicht nur das Leben der Arbeitenden durch das kapitalistische Wirtschaftssystem bestimmt, sondern auch das Verhalten und Denken der Menschen. Sie werden von Einzelwesen zu Personen gemacht. Person begreift Adorno in dem Sinne, dass Menschen als Personen nur noch Funktionen innerhalb der Gesellschaft erfüllen, die durch die kapitalistischen Strukturen bedingte Verhaltensweisen mit sich bringen (vgl. Fuchs o.J.). Als eine Person ist der Mensch „ein Moment der Verhältnisse, in denen er lebt, ehe er sich vielleicht einmal selbst bestimmen kann“ (Adorno 1956: 42, zitiert nach Fuchs o.J.). Das *Selbst* steht bei Adorno für eine Einheit aus Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung. In dem nun alle Lebensbereiche unter die Wirtschaftslogik des Kapitalismus gestellt werden, erfasst sie alle Beziehungen der Menschen und setzt das Selbst immer mehr außer Kraft. Im Spätkapitalismus kann sich die Person nun nur mehr selbst erhalten, indem sie ihr Selbst immer weiter rückbildet und nur noch Funktionen und Rollen ausführt. Durch diese Art der Selbsterhaltung wird das Selbst letztendlich

zerstört, wodurch die Subjekte in passives und atomistisches, reflexartiges Verhalten verfallen. Individuen sind so nur noch Personen und nicht mehr Subjekte eines eigenständigen Handelns (vgl. Fuchs o.J.). Aus Sicht Adornos erfüllt eine Person in der heutigen „Konsumgesellschaft“ (Weber 2010) nur seine Rolle als Konsument*in, in dem sie die angebotene Ware innerhalb eines Supermarkts konditioniert und reflexartig konsumiert. Dabei ist dieses Verhalten aber keine anthropologische Eigenschaft, sondern vielmehr ein Resultat der kapitalistischen Totalität.

Sphäre der staatlichen Politik als Leitsystem

Im Gegensatz zum wirtschaftlichen und privaten Sektor wird die Sphäre der Politik, als dritte und letzte funktionale Einheit, nicht entlastet, sondern als maßgebliche Instanz benannt, um die Norm der Nachhaltigkeit durch Umweltschutz zu erfüllen. So habe die Politik zum Beispiel nie „echte Anreize für kleinere Autos gesetzt“ (DER SPIEGEL 2019c: 18), vielmehr zeigten sich deutsche Kanzler*innen über Generationen hinweg „als Erfüllungsgehilfen deutscher Autobauer“ (ebd.). Nicht nur hinsichtlich der Industrie müsse die Politik konkrete Ideen verfolgen, um diese zu klimafreundlichem Verhalten zu bewegen, sondern auch die Bürger*innen müssten reguliert werden. Allein auf Wohlwollen zu setzen, reiche nicht aus (vgl. ebd.: 21).

Um beispielsweise in Deutschland „das Waldschwinden aufzuhalten und damit vielleicht auch den Klimawandel [...] braucht [es] nur mutige Politiker“ (DER SPIEGEL 2019a: 13), die endlich einmal handeln sollen (vgl. ebd.: 17). Diese Form der Ansprache zieht sich durch alle Ausgaben hindurch. Letztlich wird also von der Politik gefordert, Ideen und Strategien zu entwickeln, die Bürger*innen und Industrie zu klimafreundlichem Handeln bewegen sollen. Aus der Berichterstattung geht ebenfalls hervor, dass es bisher der Sphäre der Politik noch nicht gelungen sei, einen Regulationsrahmen zu schaffen, in dem eine nachhaltige Gesellschaftsform etabliert werden könne. Allerdings gelingt es den Autor*innen nicht, zu zeigen, warum dies so sei. Der Analyse von Heinz Gess (2005) folgend liegt dies daran, dass es innerhalb eines kapitalistischen Systems nicht die Aufgabe der Politik ist, eine nachhaltige Wirtschaftsform zu schaffen. Vielmehr ist es ihre Aufgabe, eine effektive Kapitalverwertung zu sichern und bestimmte Gruppeninteressen durchzusetzen (vgl. ebd.). Dabei ist die Sphäre der Politik abhängig von einer Produktionsweise, in der bestimmte (Klassen-)Interessen zwangsläufig über andere dominieren (vgl. Horkheimer/Adorno 1988: 19; Reitz 2014: 83). Diese Einschränkung der Sphäre der Politik tritt vor allem in Krisensituationen zu Tage, allerdings scheint der Kern dieser Problematik nicht ausreichend reflektiert zu werden.

Kosmopolitismus und Nationalstaatlichkeit

Neben der dargestellten Verantwortungsdiffusion hinsichtlich der Umsetzung der Norm der Nachhaltigkeit findet sich noch ein weiterer Aspekt, der die konsequente Umsetzung damit verbundener Handlungsmaximen verhindert. So besteht in einem Teil der analysierten Beiträge der Wunsch, sich als Nationalstaat nach außen hin abzugrenzen. So wird beispielsweise betont, dass Deutschland als Volkswirtschaft im ökonomischen Wettbewerb mit den USA oder der VR China steht (vgl. DER SPIEGEL 2019c: 18). Diese „ideologische Grenzziehung“ (Kessler 2009: 167) erscheint in einer globalisierten und kosmopolitischen Welt widersprüchlich. Der Diskurs rund um Globalisierung und Kosmopolitismus zeigt, dass es das Bestreben gibt, eine gemeinsame Welt und eine gemeinsame Humanität, die alle Menschen teilen, zu erschaffen (vgl. Mbembe 2016). Dass dennoch der Nationalstaat erstarkt und die Betonung auf einer nationalen Identität liegt, kann, so unsere Vermutung, unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass trotz der gegenseitigen Verbundenheit (und Abhängigkeit) ein nationaler und internationaler Wettbewerb um Ressourcen besteht, der auch medial thematisiert wird. Erzeugt wird der Widerspruch zwischen Kosmopolitismus und nationaler Verslossenheit wiederum (auch) durch kapitalistische Mechanismen. So gilt der

Wettbewerb als wichtigstes Gestaltungselement der Marktwirtschaft. Ideologisch begründet wird dies durch die Annahme, dass Wettbewerb die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren bestmöglich verteilt und somit für die bestmögliche Güterversorgung sorgt. Weiter gilt der Wettbewerb als Motor für technischen Fortschritt, für neue, qualitativ hochwertige Produkte und für das Bestreben der Unternehmen nach möglichst kostengünstiger Produktion. Sogar eine leistungsgerechte Verteilung der Gewinne solle durch Wettbewerb ermöglicht werden (vgl. Duden 2016: 93). Dass es sich bei dieser Logik um eine Ideologie handelt, zeigt sich daran, dass es in Folge des „Wettbewerbswahns“ (Butterwegge 2017: 191) zu einer Pauperisierung bzw. Prekarisierung eines größeren Teils der Bevölkerung und einer sich auch sozial-räumlich verfestigenden Polarisierung zwischen Arm und Reich sowie einer Peripherisierung ökonomisch weniger leistungsfähiger bzw. demografisch benachteiligter Regionen kam (vgl. ebd.: 192). Letztendlich wächst der private Reichtum einiger weniger, während gleichzeitig die öffentliche und private Armut vieler zunimmt (vgl. ebd.: 197). Auf Basis dieser Erkenntnisse kann zumindest angezweifelt werden, dass Wettbewerb für eine leistungsgerechte Verteilung der Gewinne sorgt.

Verantwortungsdiffusion

Unsere Analyse ergab weiterhin, dass innerhalb des SPIEGELS – trotz der maßgeblichen Verortung der Verantwortlichkeit bei der Sphäre der staatlichen Politik – die Verantwortung für den Umweltschutz und die daraus entstehenden Probleme zwischen staatlicher Politik, Wirtschaft und privatem Sektor hin und her geschoben werden. Weitere Diffusionen entstehen zudem dadurch, dass die einzelnen Sphären weiter unterteilt und einzelne Länder für bestimmte Probleme in die Verantwortung genommen werden. So wird beispielsweise beschrieben, dass „das Verhalten jedes Einzelnen [...] für das Abwenden der Klimakatastrophe wichtig [ist]“ (DER SPIEGEL 2019c: 20), Verbraucher*innen jedoch aus „reinem Idealismus“ (ebd.) ihr Verhalten nicht ändern werden. Vielmehr müsse die Politik konkrete Ideen verfolgen, „um Industrie und Bürger zu klimafreundlichem Verhalten zu bewegen“ (ebd.: 21). Die Politik, die „endlich handeln“ (DER SPIEGEL 2019a: 17) soll, wird jedoch als „Erfüllungshilfe“ (DER SPIEGEL 2019c: 20) der deutschen Industrie angesehen. Aber auch die folgende Frage, die laut SPIEGEL verdeutlichen soll, dass Menschen sich ungerne einschränken, wenn andere dies nicht tun, verweist auf die Diffusion: „Was bringt es, wenn wir auf Ökostrom setzen, solange in China ständig neue Kohlekraftwerke eröffnet werden“ (DER SPIEGEL 2019c: 20). Daraus resultierend entsteht

unter anderem der Eindruck, dass Verzicht nur akzeptabel erscheint, wenn alle Akteur*innen im gleichen Maße davon betroffen sind.

Umweltschutz kann jedoch nur als gesamtgesellschaftliches Projekt gedacht werden. Wird die Verantwortung allerdings stets bei anderen Akteur*innen verortet, die durch ihr eigenes (Fehl-)Verhalten ein umweltfreundliches Verhalten verhindern, scheint Umweltschutz als Projekt der gesamten Gesellschaft weit entfernt. Innerhalb des SPIEGELS ermöglicht die Praktik des „Otherings“ (Reuter 2020) den Akteur*innen, sich selbst aus der Verantwortung zu ziehen und die Verantwortung bei anderen – oder anders ausgedrückt beim als *fremd* Klassifizierten – zu suchen. Dieses *Hin und Her* von Verantwortungs- und Schuldzuweisung verhindert die Einsicht, dass gravierende Änderungen in der Produktionsweise notwendig sind und die Problematik sich nicht allein auf einzelne Akteur*innen und Entscheidungen reduzieren lässt.

Arbeitsteilung als Gesellschaftsordnung

Zusammengefasst kann auf Grundlage dieser Analyse festgestellt werden, dass der einleitend festgestellte Antagonismus zwischen kapitalistischem Gesellschaftssystem und Umweltschutz medial nicht thematisiert wird. Dabei steht – und auch

dies konnte gezeigt werden – das kapitalistische Gesellschaftssystem einer nachhaltigen Lebensweise unversöhnlich gegenüber. Die mangelnde mediale (und d.h. auch gesellschaftliche) Reflexion dieses Widerspruchs trägt zur Aufrechterhaltung bzw. der Reproduktion dieses Widerspruchs bei. Dadurch folgt zweierlei: Zum einen wird die Erfüllung der im empirischen Material festgestellten Norm der Nachhaltigkeit verhindert, während gleichzeitig die kapitalistische Totalität – die wiederum maßgeblich für die Verhinderung der Erfüllung der Norm verantwortlich ist – reproduziert wird. Weiter konnte auch herausgearbeitet werden, dass mittels Ideologien verschleiert wird, dass gerade die heutige kapitalistische Wirtschaftsform die Umsetzung der Nachhaltigkeitsnorm verhindert.

Folgend werden nun im Sinne der Kritischen Theorie kapitalistische Ideologien aufgezeigt, durch deren Reflektion sich die kapitalistische Totalität überwinden lassen könnte. Dadurch soll es möglich werden, dass die festgestellte Norm der Nachhaltigkeit erfüllt werden kann. An dieser Stelle sei gesagt, dass es sich hierbei nur um Anstöße handeln kann. Ob und inwiefern eine Reflektion eine Überwindung ermöglicht oder ob sie sich nicht wiederum in sich selbst verfängt, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden.

Die Teilung der einzelnen Arbeitsschritte innerhalb der kapitalistischen

Produktionsweise hat sich, wie Christian Fuchs mit Adorno zeigt, auf die Gesellschaftsordnung sowie deren Wahrnehmung übertragen. Dadurch wird diese nicht mehr als ein Ganzes, sondern als Ausdruck weitestgehend unabhängiger Teilelemente begriffen. Daraus resultiert, dass die Verantwortung hinsichtlich der Erfüllung der Norm der Nachhaltigkeit zwischen den einzelnen Teilelementen hin und her geschoben wird. Geschieht dies nicht, wird ein Teilelement, im Sinne einer hierarchisch übergeordneten Funktion, fälschlicherweise als verantwortlich angesprochen. Diese Diffusion der kapitalistischen Arbeitsteilung verhindert also die Erfüllung der Norm der Nachhaltigkeit. Dementsprechend gilt es diese zu überwinden. Dies soll an dieser Stelle nicht ausdrücken, dass eine Rückkehr zu beispielsweise feudalen Verhältnissen erstrebenswert wäre. Vielmehr sollten die Auswirkungen der Arbeitsteilung reflektiert und beispielsweise ganzheitliche Arbeitsprozesse ermöglicht werden. Des Weiteren erscheint ein Denken außerhalb der kapitalistischen Wachstumslogik notwendig, um die Norm der Nachhaltigkeit zu erfüllen. Außerdem müssen sich gesellschaftliche Akteur*innen darüber bewusst werden, dass Politik *immer* versucht, bestimmte Gruppeninteressen durchzusetzen. Das primäre Gruppeninteresse innerhalb eines kapitalistischen Systems lässt sich zwangsweise resultierend aus dessen Konstitution als ein primäres

Interesse der effektiven Kapitalverwertung subsumieren. Indem sich handelnde Akteur*innen (unabhängig davon, ob diese Handlung auf der individuellen-, lokalen- oder Bundesebene stattfindet) darüber bewusst werden und dies bei ihren Entscheidungen reflektieren, könnte die kapitalistische Totalität umgangen und Maßnahmen im Sinne der Norm der Nachhaltigkeit getroffen werden. Zuletzt kann die kapitalistische Totalität durch ein Durchbrechen der kapitalistischen Wettbewerbslogik aufgehoben werden.

34

Fazit

Es kann festgehalten werden, dass in den ausgewählten Beiträgen des SPIEGELS immer wieder ideologisch eingefärbte Betrachtungen und systemimmanente Widersprüche aufzufinden sind. Dies festzustellen gelang insbesondere aufgrund des an der Kritischen Theorie orientierten Analyserahmens, in welchem gesellschaftstheoretische und das Mensch-Umwelt-Verhältnis betreffende Aspekte reflektiert wurden. Auch methodologisch war die Arbeit an der Kritischen Theorie orientiert und sollte zur immanenten Ideologiekritik befähigen. Andere wichtige Positionen, die zu einem gesellschaftskritischen Diskurs beitragen und sich mit dem Thema Natur und Gesellschaft oder Materie und Ideen (Begriffen) auseinandersetzen, sind beispielsweise die Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT), feministisch-kritische Theorien,

aber auch Ansätze des Pragmatismus, differenztheoretische Positionen oder die Theorie der reflexiven Moderne. Insbesondere die Akteur-Netzwerk-Theorie von Bruno Latour aber auch die feministisch-kritische Position von Donna Haraway wären für eine ausführlichere Theoretisierung und eine Ausweitung des Analyserahmens sinnvoll, da sie die Trennung von Natur und Kultur – ähnlich wie auch Adorno und Horkheimer, aber aus einer anderen Perspektive – als eine zur Ideologie gewordenen Geschichte betrachten. Die Autor*innen versuchen, diese Trennung durch Utopien und neue Verständnisse aufzulösen, um eine relationale Beziehung von Mensch und Natur zu etablieren und Umweltschutz neu zu denken (vgl. Latour 1998, 2001, 2017; Haraway 2013, 2016) und liefern somit Anhaltspunkte für eine konkrete Auflösung der problematisierten Verhältnisse.

Eine weitere Einschränkung dieser Arbeit besteht darin, dass DER SPIEGEL lediglich als *ein* Beispiel dient, um zu veranschaulichen, wie die kapitalistische Totalität reproduziert wird. Dafür würden sich ebenso andere Medien, wie zum Beispiel andere Zeitungen oder Magazine, aber auch TV und Radio eignen. Zudem reproduzieren nicht nur Medien die kapitalistische Totalität, sodass ebenfalls andere Diskursebenen wie Wissenschaft, Politik, Literatur, Erziehung, Alltag und Geschäftsleben zur Analyse herangezogen werden könnten.

Weitere Analysen auf unterschiedlichen Ebenen und mit anderen theoretischen Zugängen könnten daher lohnend sein, um ein umfassenderes Bild zu erlangen. An dieser Stelle soll nochmals betont werden, dass Medienkritik als Gesellschaftskritik geübt wurde und in keiner Weise die Absicht verfolgt wurde, die Autor*innen des SPIEGELS im Speziellen zu kritisieren. Vielmehr ist die Berichterstattung des SPIEGELS als empirisch fassbares *Sediment* gesellschaftlicher Verhältnisse zu betrachten, was es ermöglichte, sich diesen Verhältnissen zu nähern.

In der empirischen Untersuchung des SPIEGELS erwiesen sich, zumindest im Zeitraum der Analyse, vor allem zwei miteinander verschränkte ideologische Merkmale als wesentlich. Zum einen konnte eine Übertragung des Systems der Arbeitsteilung als Ordnungssystem – welches eine gewisse Effizienz in seinen eigenen, engen Grenzen haben mag – auf die gesamte Gesellschaft festgestellt werden. Die Gesellschaft wurde funktional in Politik, Privatbereich und Wirtschaft eingeteilt und die zwischen ihnen herrschenden Interdependenzen teilweise beschrieben und (vermutlich unbewusst) indirekt problematisiert. Denn – und das führt zum zweiten wesentlichen ideologischen Merkmal – die Betrachtung der Gesellschaft als funktional eingeteilt führte zu einer Verantwortungsdiffusion zwischen den verschiedenen Einheiten.

So wurden zum Beispiel wirtschaftliche Akteur*innen von der Verantwortung für die Folgen ihres Handelns entlastet, weil sie aufgrund von politischen Forderungen zu paradoxen Handlungen gezwungen seien (SUV-Verkauf zur Finanzierung der Entwicklung nachhaltiger Autos) oder Konsument*innen als Opfer wirtschaftlicher Einflussnahme (Verlust des kritischen Bewusstseins bei Sonderangeboten) betrachtet.

Zugleich ließ sich erkennen, dass (auch) im SPIEGEL indirekt eine Norm der Nachhaltigkeit angestrebt wurde. Umweltzerstörendes, nicht-nachhaltiges Verhalten und dergleichen wurde durchweg als problematisch gekennzeichnet. Dadurch konnte Nachhaltigkeit als immanente Norm zum Ansatzpunkt von Ideologiekritik werden. Dem theoretischen Rahmen entsprechend steht der Realisierung der Norm das gegenwärtige, kapitalistische Wirtschaftssystem entgegen, welches unter anderem die Übertragung wirtschaftlicher (Produktions-)Verhältnisse auf die Gesellschaft verursacht. Damit wird verhindert, dass Verantwortung für die gesamte Menschheit betreffende Probleme, wie Umweltzerstörung, übernommen wird bzw. in diesem Rahmen überhaupt sinnvoll übernommen werden kann.

Der Aufweis – und damit die Bestätigung unserer These –, dass die Ansätze zur Umsetzung der Norm aufgrund der

Strukturierung der Gesellschaft nach kapitalistischen Ordnungsprinzipien scheitern (müssen), ist der an dieser Stelle leistbare Schritt einer immanenten Ideologiekritik. Diese Erkenntnis kann ein Mittel zur Aufhebung von Ideologien sein und damit womöglich die – wiederum ideologische – Annahme verhindern, dass die Erreichung von Nachhaltigkeit ohne systemische Veränderungen (Stichwort Greenwashing etc.) erreichbar sei.

36 Als aktueller Ausblick auf die Anschlussmöglichkeiten dieser Forschungsarbeit kann die Corona-Pandemie dienen. Im Rahmen des kritischen Verständnisses des Mensch-Umwelt-Verhältnisses und der kapitalistischen Gesellschaftsform wäre eine Untersuchung des Narrativs über den Umgang, die Ursachen und die Folgen der Pandemie höchst interessant. Folgendes kann an dieser Stelle nur vermutet werden, aber es scheint, als greifen hier ähnliche ideologische Mechanismen wie in der Debatte zum Umweltschutz. In hegemonialen Debatten scheint gegenwärtig insbesondere das *Zurück zur Normalität* im Fokus zu stehen. Dabei wird nicht oder nur teilweise reflektiert, ob die Pandemie in ihrer Entstehung und Entwicklung nicht (tendenziell) auf ein kapitalismushäufiges ausbeuterisches Mensch-Umwelt-Verhältnis zurückzuführen ist. Durch eine Verschränkung der Ursachen-Reflexion mit dem *Normalitäts-Narrativ* wird mutmaßlich nicht

nach der (womöglich) systemischen Notwendigkeit eines solchen Verhältnisses gefragt, sondern lediglich ein etwas *grünerer* Kapitalismus gefordert. Daher wäre es interessant, zu untersuchen, inwiefern derartige Reflexionen blockiert werden und in welchen konkreten Argumentationen sich das *Narrativ der Normalität* ausdrückt.

LITERATUR

Adorno, Theodor W. (1966): *Negative Dialektik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W. (1973): *Philosophische Frühschriften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W. (1984): *Ästhetische Theorie*. In: Tiedemann, Rolf (Hrsg.): *Gesammelte Schriften*. Band 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Altvater, Elmar (2010): *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Antilla, Lisa (2005): *Climate of Scepticism: US Newspaper Coverage of the Science of Climate Change*. In: *Global Environmental Change*, Jg. 15: 338–352.

Bartel, Daniel, Peter Ullrich, Kornelia Ehrlich (2008): *Kritische Diskursanalyse: Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien*. In: *Freikamp, Ulrike/Leanza, Matthias/Mende, Janne/Müller, Stefan/Ullrich, Peter/Voß, Heinz-Jürgen* (Hrsg.): *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*. Berlin: Dietz: 53–72.

Barth, Thomas, Thomas Reitz (2016): *Strukturprobleme der Krisenbewältigung: Weshalb die Wachstumskritik vom Kapitalismus nicht schweigen sollte*. In: *AK Postwachstum* (Hrsg.): *Wachstum - Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*. Frankfurt am Main: Campus: 39–59.

- Becker, Egon, Diana Hummel, Thomas Jahn (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept. In: Gross, Matthias (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: Springer VS: 75–96.
- Bennett, W. Lance (2016): News: The Politics of Illusion. New York: Longman.
- Bonß, Wolfgang (2019): Kritische Theorie und empirische Sozialforschung – ein Spannungsverhältnis. In: Klein, Richard/Kreuzer, Johann/Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.): Adorno-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: J.B. Metzler: 292–306.
- Boykoff, Maxwell, Jules Boykoff (2004): Balance as bias: global warming and the US prestige press. In: Global Environmental Change: Human and Policy Dimensions, Jg. 14: 125–136.
- Brand, Ulrich, Markus Wissen (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36/2: 12–34.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2017): Kyoto-Protokoll. Online verfügbar unter <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/kyoto-protokoll/> (abgerufen am 17.01.2021).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2020): Etappen des Klimaverhandlungsprozesses. Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen. Online verfügbar unter <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/un-klimakonferenzen/ergebnisse-der-un-klimakonferenzen> (17.01.2021).
- Butterwegge, Christoph (2017): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: Springer VS: 123–197.
- Christensen, John M., Anne Olhoff (2019): Lessons from a decade of emissions gap assessments. United Nations Environment Programme. Nairobi. Online verfügbar unter: <https://www.unenvironment.org/resources/emissions-gap-report-10-year-summary> (abgerufen am 17.01.2021).
- Dietz, Kristina, Markus Wissen (2009): Kapitalismus und „natürliche Grenzen“. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 39/156: 351–369.
- Dörre, Klaus, Hartmut Rosa, Karina Becker, Sophie Bose, Benjamin, Seyd (Hrsg.) (2019): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: Springer VS.
- Duden (Hrsg.) (2016): Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Berlin: Dudenverlag.
- Erling, Uwe M. (2008): Emissionshandel. Rechtsgrundlagen und Einführung. Berlin: Beuth.
- Foster, John Bellamy, Brett Clark, Richard York (2011): Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten. Hamburg: Laika.
- Fuchs, Christian (o.J.): Gesellschaft als kapitalistische Totalität bei Adorno. Online verfügbar unter: <http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/techsoz/adorno.html> (abgerufen am 21.01.2021).
- Gebur, Thomas (2002): Theodor W. Adorno: Medienkritik als Gesellschaftskritik. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, Jg. 50/3: 402–422.
- Gess, Heinz (2005): Horkheimers Kritik der instrumentellen Vernunft. Online verfügbar unter: <https://www.kritiknetz.de/kritischetheorie/364-horkheimerkritikderinstrumentellenvernunft> (abgerufen am 16.04.2020).
- Görg, Christoph (2008): Regulation globaler Naturverhältnisse. Zur Vermittlung von Umwelt und Gesellschaft im globalen Wandel. In: Wardenga, Ute/Glaser, Rüdiger/Schenk, Winfried/Vogt, Joachim/Wießner, Reinhard/Zepf, Harald Berichte zur deutschen Landeskunde 82. Leipzig: Selbstverlag Deutsche Akademie für Landeskunde e.V.: 95–113.
- Görg, Christoph (Hrsg.) (1999): Zugänge zur Biodiversität. Disziplinäre Thematisierungen und Möglichkeiten integrierender Ansätze. Marburg: Metropolis.
- Graf, Jakob, Stefan Schmalz, Johanna Sittel (2019): Grenzen kapitalistischen Wachstums: Sozial-ökologische Konflikte im Süden Chiles. In: Dörre, Klaus/Rosa, Hartmut/Becker, Karina/Bose, Sophie/Seyd, Benjamin (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Wiesbaden: Springer VS: 181–193.

- Haraway, Donna (2013): *Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature*. Hoboken: Taylor and Francis.
- Haraway, Donna (2016): *Staying with the Trouble. Making Kin in the Chthulucene*. Durham: Duke University Press.
- Herzog, Benno (2014): Was bedeutet immanente Kritik für die empirische Sozialforschung? Überlegungen zur Erschließung notwendiger Widersprüche. In: Romero, José M. (Hrsg.): *Immanente Kritik Heute: Grundlagen und Aktualität eines sozialphilosophischen Begriffs*. Bielefeld: transcript: 157–178.
- Herzog, Benno (2016): Discourse analysis as immanent critique: Possibilities and limits of normative critique in empirical discourse studies. In: *Discourse & Society*, Jg. 27/3: 278–292.
- Hobbes, Thomas (1651): *Leviathan, or The Matter, Forme, & Power of a Common-Wealth Ecclesiasticall and Civil*. Online verfügbar unter: <https://socialsciences.mcmaster.ca/econ/ugcm/3ll3/hobbes/Leviathan.pdf> (abgerufen am 26.05.2021).
- Holl, Frank (2019): Alexander von Humboldt und der Klimawandel: Mythen und Fakten. In: *HiN – Alexander Von Humboldt Im Netz. Internationale Zeitschrift für Humboldt-Studien*, Jg. 19/37: 37–56.
- Holzer, Daniela (2017): *Weiterbildungswiderstand: Eine kritische Theorie der Verweigerung*. Bielefeld: transcript.
- Horkheimer, Max, Theodor W. Adorno (1988): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Jaeggi, Rahel (2013): Was ist Ideologiekritik? In: Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hrsg.): *Was ist Kritik?* Frankfurt am Main: Suhrkamp: 266–295.
- Jäger, Siegfried, Franz Januschek (Hrsg.) (2004): *Gefühlte Geschichte und Kämpfe um Identität*. Münster: Unrast.
- Jäger, Margarete, Siegfried Jäger (2007): *Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Jäger, Siegfried (2015): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast.
- Jahn, Thomas, Peter Wehling (1998): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts*. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 75–93.
- Kern, Lucian/Nida-Rümelin, Julian (1994): *Logik kollektiver Entscheidungen*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Kessler, Johannes (Hrsg.) (2009): *Facetten der Globalisierung. Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kohler, Michael (2016): *Wächter der Demokratie*. Online verfügbar unter: <https://www.goethe.de/de/kul/med/20894053.html> (abgerufen am 10.04.2021).
- Konicz, Tomasz (2016): *Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft*. Hamburg: KVV konkret.
- Latour, Bruno (1998): *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch.
- Latour, Bruno (2001): *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, Bruno (2017): *Facing Gaia. Eight lectures on the new climate regime*. United Kingdom: Polity.
- Lenk, Hans (1983): *Der Macher der Natur? Über operativistische Fehldeutungen von Naturbegriffen der Neuzeit*. In: Grossklaus, Götz/Oldemeyer, Ernst/Eichberg, Henning (Hrsg.): *Natur als Gegenwelt. Beiträge zur Kulturgeschichte der Natur*. Karlsruhe: Von Loeper: 59–86.
- Lukács, Georg (1984 [1920]): *Die Theorie des Romans. Ein geschichtsphilosophischer Versuch über die Formen der großen Epik*.
- Mbembe, Achille (2016): *Ausgang aus der langen Nacht. Versuch über ein entkolonisiertes Afrika*. Berlin: Suhrkamp.
- Mittelstraß, Jürgen (1981): *Das Wirken der Natur. Materialien zur Geschichte des Naturbegriffs*. In: Rapp, Friedrich (Hrsg.): *Naturverständnis und Naturbeherrschung. Philosophiegeschichtliche Entwicklung und gegenwärtiger Kontext*. München: Fink: 36–69.
- Moore, Jason (2016): *Über die Ursprünge unserer ökologischen Krise*. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 46/185: 599–619.

- Mori, Massimo (Hrsg.) (2017): Vom Naturzustand zur kosmopolitischen Gesellschaft. Souveränität und Staat bei Kant. Wiesbaden: Springer VS.
- Neverla, Irene, Mike S. Schäfer (Hrsg.) (2011): Klimawandel in den Medien. Wiesbaden: Springer VS.
- Olausson, Ulrika (2009): Global warming-global responsibility? Media frames of collective action and scientific certainty. In: Public Understanding of Science Jg. 18, S. 421–436.
- Piekenbrock, Dirk (2018): Arbeitsteilung. Online verfügbar unter: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/arbeitsteilung-28649/version-252275> (abgerufen am 15.04.2020).
- Pufé, Iris (2014): Was ist Nachhaltigkeit? Dimensionen und Chancen. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/a-puz/188663/was-ist-nachhaltigkeit-dimensionen-und-chancen?p=all> (abgerufen am 12.01.2021).
- pz-online (2019): Auflagen. IVW IV/2019. Online verfügbar unter: <https://www.pz-online.de/?tab=analyse> (abgerufen am 28.02.2020).
- Reitz, Tilman (2014): Politik und Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft. In: Artus, Ingrid/Krause, Alexandra/Nachtwey, Oliver/Notz, Gisela/Reitz, Tilman/Vellay, Claudius/Weyand, Jan (Hrsg.): Marx für SozialwissenschaftlerInnen. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer: 83–108.
- Reuter, Julia (2002): Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden. Bielefeld: transcript.
- Rest, Jonas (2011): Grüner Kapitalismus? Klimawandel, globale Staatenkonkurrenz und die Verhinderung der Energiewende. Wiesbaden: Springer VS.
- Rousseau, Jean-Jacques (2010 [1762]): Du contrat social, ou, Principes du droit politique. Vom Gesellschaftsvertrag, oder, Grundsätze des Staatsrechts: französisch, deutsch. Stuttgart: Reclam.
- Santarius, Tilman (2012): Der Rebound-Effekt: Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Wuppertal. Impulse zur Wachstumswende. Online verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:wup4-opus-42193> (abgerufen am 06.03.2021).
- Schäffle, Albert (2010): Die mediale Konstruktion von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung durch die Presse. In: Kleiner, Marcus (Hrsg.): Grundlagentexte zur sozialwissenschaftlichen Medienkritik. Wiesbaden: Springer VS: 138–151.
- Schrader, Heiko (2017): Kapitalismus und Nachhaltigkeit. Ein Widerspruch in sich? Arbeitsbericht Nr. 74. Magdeburg: Institut II: Fachdisziplin Soziologie; an der Fakultät für Humanwissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.
- Schröder, Jens (2019): Auftakt zur MEEDIA-Serie „Leser-Check“: Wer liest den Spiegel? Das Magazin in der detaillierten MA-Analyse. Online verfügbar unter: <https://meedia.de/2019/01/24/auftakt-zur-meedia-serie-leser-check-wer-liest-den-spiegel-das-magazin-in-der-detaillierten-ma-analyse/> (abgerufen am 10.04.2021).
- SPIEGEL (1986): DER SPIEGEL Jg. 40/33, 10.08.1986.
- SPIEGEL (2019a): DER SPIEGEL Jg. 73/36, 31.08.2019.
- SPIEGEL (2019b): DER SPIEGEL Jg. 73/37, 07.09.2019.
- SPIEGEL (2019c): DER SPIEGEL Jg. 73/38, 14.09.2019.
- SPIEGEL (2019d): DER SPIEGEL Jg. 73/39, 21.09.2019.
- SPIEGEL (2019e): DER SPIEGEL Jg. 73/40, 28.09.2019.
- SPIEGEL (2019f): DER SPIEGEL Jg. 73/41, 05.10.2019.
- Stache, Christian (2017): Kapitalismus und Naturzerstörung. Zur kritischen Theorie des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Opladen: Budrich UniPress.
- Thurich, Eckart (2011): pocket politik. Demokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Tügel, Hanne/Possemeyer, Ines (2014): „Nachhaltiges Wachstum ist eine Illusion“. Online verfügbar unter: <https://www.geo.de/natur/nachhaltigkeit/2034-rtkl-zukunft-nachhaltiges-wachstum-ist-eine-illusion> (abgerufen am 21.01.2021).
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2016): Emissionsquellen. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/the-men/klimaenergie/treibhausgasemissionen/emissionsquellen#energie-stationar> (abgerufen am 15.04.2020).

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2019): Nachhaltigkeit in der Politik. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/nachhaltigkeit-in-der-politik> (abgerufen am 12.01.2021).

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2020): Stromverbrauch. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/stromverbrauch> (abgerufen am 21.01.2021).

Weber, Birgit (2010): Von der Selbstversorgung zum Konsum – Entwicklung und Situation privater Haushalte. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/izpb/7579/von-der-selbstversorgung-zum-konsum-entwicklung-und-situation-privater-haushalte?p=all> (abgerufen am 12.02.2020).

Weischenberg, Siegfried, Maja Malik, Armin Scholl (2006): Journalismus in Deutschland 2005. Zentrale Befunde der aktuellen Repräsentativbefragung deutscher Journalisten. In: Media Perspektiven, Jg. 7: 346–361.

ZU DEN AUTOR*INNEN:

Marcel Schwartz, 30, studierte in Marburg Sozialwissenschaften mit den Profilmodulen Betriebswirtschaftslehre und Psychologie. Gegenwärtig studiert er Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Forschungsinteressen umfassen insbesondere die Gebiete Wirtschaft-, Arbeits- und Organisationssoziologie, mit dezidiertem Blick auf das Phänomen der Digitalisierung samt ihren Auswirkungen.

Anita Kalustian, 33, studierte an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen-Nürnberg Soziologie und Pädagogik sowie Soziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt. Seit 2021 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in

Frankfurt. Ihr Forschungsinteresse umfasst Aspekte aus der Wissens-, Bildungs- und Umweltsociologie mit besonderem Blick auf soziale Ungleichheiten.

Bianca Seifried, 28, studiert derzeit an der Goethe-Universität in Frankfurt Soziologie im Master, nachdem sie dort bereits ihren Bachelorabschluss in Soziologie mit dem Nebenfach Kunstgeschichte erlangte. Ihr Forschungsinteresse liegt auf dem Gebiet der Familiensoziologie mit Fokus auf das Kindeswohl und dessen Gefährdung.

Luca Börner, 28, hat kürzlich seine Masterarbeit im Fach Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt beendet, an welcher er bereits seinen Bachelor in Soziologie mit dem Nebenfach Philosophie absolvierte. Sein Forschungsinteresse liegt unter anderem im Bereich der Wissenschaftstheorie und der Philosophie der Sozialwissenschaften.

Der Beitrag wurde von **Andreas Schulz**, **Nils Haacke** und **Veronika Riedl** gereviewt, betreut und lektoriert.